



Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen VkdL hat sich auf seiner Bundesversammlung mit klaren Worten gegen die Gender-Ideologie und den Kampf gegen die Familie, der heute von Lobbygruppen und Regierungen vorangetrieben wird, eingesetzt. Die Lehrerinnen erklärten, die Gender-Ideologie negiere das biologische Geschlecht von Mann und Frau und ziele auf eine Abschaffung der Familie, totale sexuelle Freizügigkeit, Aufhebung der Elternrechte und eine „Pädagogik der Verunsicherung“. Am vergangenen Wochenende haben in verschiedenen europäischen Städten – so in Stuttgart, Wien und Rom – hunderttausende gegen die Gender-Ideologie demonstriert. In Rom nahmen eine Millionen Menschen an einer Demonstration gegen die Pläne der linken Regierung teil, die Gender-Ideologie flächendeckend einzuführen.

In Stuttgart rief die Initiative „Demo für alle“ zur Demonstration auf, an der sich 4.600 Menschen beteiligten. Die Demo richtete sich vor allem gegen die Pläne der baden-württembergischen Regierung, die einen „Aktionsplan gegen Diskriminierung von sexuellen Minderheiten“ mit einer Zwangsumerziehung an Schulen durchsetzen will. Der „Aktionsplan stellt faktisch einen Plan zur Diskriminierung der Ehe und Familie dar. Die linkssozialistische Regierung will damit die Genderideologie auf allen Ebenen durchsetzen und die Rechte der Familie unter anderem durch Eingriffe in das Erziehungsrecht der Eltern aushebeln.

In Italien demonstrierten bei einem „Family Day“ eine Millionen Menschen gegen die Pläne der Regierung, angebliche Rechte von Homosexuellen durchzusetzen. „Verteidigen wir unsere Kinder“, „Gegen Adoptionsrecht für Homosexuelle“ und „Gott hat Mann und Frau erschaffen“ waren die Losungen der Demonstranten. Die sozialistische Regierung plant, homosexuelle Verhältnisse mit der Ehe gleichzustellen und die Familien zu diskriminieren.

In Wien fand unter massiven Störungen der roten SA (wie auch an den anderen Orten) auf dem Wiener Stephansplatz ein „Marsch für die Familie“ statt. Die Demonstranten wandten sich gegen Abtreibung, „gegen Gender-Mainstreaming und die geplante Frühsexualisierung von Kindern“. An einer gleichzeitigen Homo-Parade in Wien nahmen auch Vertreter der Sozialisten teil, die zuvor im Parlament einen Antrag der gesellschaftszerstörerischen radikal-roten „Grünen“ für eine „Ehe für alle“ abgelehnt hatten. Für diesen Antrag stimmte dann nur die Fraktion der „Grünen“.

Die europaweiten Bestrebungen zur Vernichtung von Ehe und Familie und zur Untergrabung der Grundlagen der Gemeinschaft und des Staates werden von den staatlichen Organen, die von Linken aller Richtungen besetzt sind, immer aggressiver durchgesetzt. Nur ein entschlossener Kampf gegen diese familien- und naturrechtsfeindlichen Bestrebungen kann noch Schlimmeres verhindern. Das Civitas Institut bittet alle Menschen guten Willens, sich aktiv an diesem Kampf für die Bewahrung von Ehe und Familie zu beteiligen und der Homo- und Genderideologie entgegenzutreten.